

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

(18. WP - 50. Sitzung)

Wirtschaftsausschuss

(18. WP - 23. Sitzung)

Umwelt- und Agrarausschuss

(18. WP - 26. Sitzung)

Sozialausschuss

(18. WP - 21. Sitzung)

am Mittwoch, dem 6. November 2013, 10 Uhr,
in Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete Finanzausschusses

Thomas Rother (SPD)	Vorsitzender
Tobias Koch (CDU)	
Hans Hinrich Neve (CDU)	
Peter Sönnichsen (CDU)	
Birgit Herdejürgen (SPD)	
Lars Winter (SPD)	
Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Dr. Heiner Garg (FDP)	
Torge Schmidt (PIRATEN)	

Anwesende Abgeordnete des Wirtschaftsausschusses

Christopher Vogt (FPD)	Vorsitzender
Hartmut Hamerich (CDU)	
Jens-Christian Magnussen (CDU)	
Serpil Midyatli (SPD)	
Olaf Schulze (SPD)	
Kai-Oliver Vogel (SPD)	
Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Dr. Patrick Breyer (PIRATEN)	
Flemming Meyer (SSW)	

Anwesende Abgeordnete des Umwelt- und Agrarausschusses

Hauke Götsch (CDU)	Vorsitzender
Klaus Jensen (CDU)	
Heiner Rickers (CDU)	
Kirsten Eickhoff-Weber (SPD)	
Sandra Redmann (SPD)	
Dr. Gitta Trauernicht (SPD)	

Marlies Fritzen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Torge Schmidt (PIRATEN)

Flemming Meyer (SSW)

i. V. v. Bernd Voß

i. V. v. Oliver Kumbartzky

i. V. v. Angelika Beer

Anwesende Abgeordnete des Sozialausschusses

Peter Eichstädt (SDP)

Bernd Heinemann (SPD)

Birte Pauls (SPD)

Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Torge Schmidt (PIRATEN)

Flemming Meyer (SSW)

Vorsitzender

i. V. v. Wolfgang Baasch

i. V. v. Wolfgang Dudda

Weitere Abgeordnete:

Uli König (PIRATEN)

Fehlende Abgeordnete:

Volker Dornquast (CDU)

Heike Franzen (CDU)

Karsten Jasper (CDU)

Katja Rathje-Hoffmann (CDU)

Dr. Marret Bohn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eka von Kalben (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anita Klahn (FDP)

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014)	5
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/941	
b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2014	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/942	
• Einzelplan 06 und Kapitel 12 06 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie • Einzelplan 13 und Kapitel 12 13 Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume	
2. Feldes- und Förderabgabe den Risiken der Erdöl- und Erdgasförderung anpassen	23
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/1026	
3. Verschiedenes	24

Der Vorsitzende des federführenden Finanzausschusses, Abg. Rother, eröffnet die gemeinsame Sitzung um 10:10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des federführenden Finanzausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014)

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 18/941](#)

b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2014

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 18/942](#)

(überwiesen am 25. September 2013)

hierzu: [Umdrucke 18/1851](#), [18/1852](#), [18/1853](#), [18/1854](#), [18/1855](#), [18/1856](#)

Einzelplan 06 und Kapitel 12 06 - Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

Zu Beginn der Sitzung weist Abg. Hamerich darauf hin, dass die Zustellung der Unterlagen, die die Beantwortung der Fragen durch die Landesregierung enthalten hätten, zu lange gedauert habe, sodass man sich nicht auf die Fragen der anderen Fraktionen und die Antworten der Landesregierung dazu habe vorbereiten können. Er bittet darum, Fragen zu gewissen Punkten noch schriftlich nachreichen zu können.

Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Abg. Rother, weist auf die Beratung der Nachschiebeliste hin, bis zu diesem Termin würden auch später eingehende Fragen beantwortet. Im Hinblick auf die späte Verteilung weist er auf die Zusendung des Finanzministeriums und die zeitgleich stattgefundene Serverabschaltung im Landeshaus hin, die mit dafür verantwortlich gewesen sei, die Verteilung zu verzögern.

Zu Beginn seiner Ausführungen weist Staatssekretär Dr. Nägele darauf hin, dass man sich vonseiten des Ministeriums bemühen werde, die Antworten auf die Fragen den Fraktionen schnellstmöglich zuzuleiten. Er sagt für die Landesregierung zu, sämtliche Fragen, die noch eingehen würden, auch zu beantworten.

Abg. Koch legt dar, dass die Fragen für alle Ministerien gleichzeitig eingereicht würden. Aus seiner Sicht sei nicht zu verstehen, warum das Wirtschaftsministerium eine Woche länger zur Beantwortung brauche.

Staatssekretär Dr. Nägele führt in die Eckpunkte des Einzelplans zum Entwurf des Haushaltes 2014 ein (siehe Anlage 1 zu dieser Niederschrift).

Auf eine Frage des Abg. Schmidt nach Konkretisierungen zu der zukünftigen EU-Förderperiode erläutert Staatssekretär Dr. Nägele, dass auch die Landesregierung die Frage, wann und in welcher Höhe Mittel zur Verfügung stehen würden, zum jetzigen Zeitpunkt nicht beantworten könne. Man rechne beim EFRE mit mindestens 250 Millionen € für die gesamte Förderperiode, aber abhängig vom Abschluss der Operationellen Programme und der Partnerschaftsvereinbarungen sei frühestens 2014 damit zu rechnen, dass EFRE-Mittel zur Verfügung stünden. Die Landesmittel seien auch deshalb in der bisherigen Höhe veranschlagt, weil für die institutionelle Förderung, aber auch für wichtige Projekte, die fortgeführt werden sollten, eine Übergangsfinanzierung sichergestellt werden müsse.

Abg. Dr. Garg interessiert die Schwerpunktsetzung im Zukunftsprogramm Arbeit auch im Hinblick auf die Entwicklungen am Arbeitsmarkt und die Rekrutierung von Fachkräften als eines der zentralen Themen in diesem Bereich. - Staatssekretär Dr. Nägele unterstreicht, dass es zum jetzigen Zeitpunkt schwierig sei, über die Programmierung der Zukunftsprogramme in den kommenden Jahren zu sprechen. Man befinde sich in der Abstimmung und werde dem Landtag in Kürze über die Operationellen Programme, auch im Hinblick auf den Europäischen Sozialfonds, berichten. Er betont darüber hinaus, dass sich politische Schwerpunktsetzungen nicht notwendigerweise im Haushalt widerspiegeln müssten. Im Hinblick auf die Rekrutierung von Fachkräften sei es zum Beispiel durch die verstärkte Nutzung von Netzwerken möglich, die Fachkräftesicherung voranzutreiben, ohne große Summen dafür einzusetzen. Geplant sei, das Thema im EFRE abzubilden, um ein entsprechendes Netzwerk aufbauen zu können.

Auf eine Frage des Abg. Hamerich zur Verteilung der ESF-Mittel und die dazu stattfindenden Gespräche zwischen Bund und Ländern der stärker entwickelten Regionen führt Staatssekretär Dr. Nägele aus, dass ganz Schleswig-Holstein aus Sicht der Europäischen Union eine Region sei. Dennoch sei es möglich, auch innerhalb der Regionen Regionalpolitik zu machen. Das sei ein Ergebnis der Gespräche der Landesregierung in Brüssel gewesen. Die stärker entwickelten Regionen seien generell diejenigen Regionen, die nicht in Ostdeutschland lägen.

Den Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses interessiert für seine Fraktion die Zukunft der Weiterbildungsverbünde. Es stelle sich die Frage, ob es der Wunsch des Ministeriums sei, die Arbeit der Weiterbildungsverbünde nicht fortzuführen, oder ob es aus EU-rechtlichen beziehungsweise förderrechtlichen Gründen nicht möglich sei. Er spricht sich für eine Fortführung der Arbeit der Weiterbildungsverbünde aus, auch wenn er selbst ebenfalls Entwicklungsbedarf sehe.

Staatssekretär Dr. Nägele hebt hervor, dass die europäische Förderperiode mit dem Ablauf des Jahres 2013 ende und die bereitgestellten Fördermittelmittel zukünftig – anders als bisher - nicht mehr für Projektfinanzierungen zur Verfügung stünden. Nach den vergangenen sieben Jahren Förderung sei jetzt ein guter Zeitpunkt gekommen, um das System der Weiterbildungsverbünde auf den Prüfstand zu stellen. Seit einem Jahr fänden diesbezüglich Gespräche statt. Aus dem Europäischen Sozialfonds stünden in der kommenden Förderperiode 25 Millionen € weniger zur Verfügung als in der laufenden. Zentrale Aufgabe der Landesregierung werde sein, die Schwerpunkte neu zu justieren. Bei Projektfinanzierungen insgesamt müsse klar sein, dass diese irgendwann endeten.

Auf eine Nachfrage des Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses zu dem weiteren Fortgang im Hinblick auf die Förderung der Weiterbildungsverbünde und möglicher anstehender Entlassungen legt Staatssekretär Dr. Nägele dar, dass die Landesregierung damit beschäftigt sei, die Operationellen Programme zu finalisieren. Innerhalb der Operationalen Programme würden darüber Aussagen getroffen werden.

Abg. Schmidt hebt in dem Zusammenhang mit der Arbeitsmarktförderung die Gefahr hervor, dass eine Abwanderung von qualifizierten und über große Erfahrungen verfügende Mitarbeiter im Raum stehe. - Staatssekretär Dr. Nägele weist auf seine vorherigen Ausführungen zur Finalisierung der Operationellen Programme hin.

Abg. Dr. Garg legt dar, dass es aus seiner Sicht sinnvoll sei, wenn zur Beratung des Haushalts bereits die Vorstellungen der Landesregierung konkreter vorlägen, um diese entsprechend im Ausschuss diskutieren zu können.

Staatssekretär Dr. Nägele führt aus, dass man im Kabinett noch während der Haushaltsberatungen zu den Operationellen Programmen befinden wolle. Er selbst sei als Aufsichtsratsvorsitzender der egeb mit den Problemen auch von anderer Seite betraut. Es sei ihm jedoch nicht möglich, über den jetzt noch in Verhandlungen befindlichen Sachstand zu der Operationellen Programmen zu berichten.

Abg. Dr. Breyer interessiert, ob Bürgerbeteiligung oder Transparenz im Aufstellungsverfahren der Operationellen Programme durch die Landesregierung geplant sei. - Staatssekretär Dr. Nägele weist auf die Zusammensetzung des Begleitausschusses hin, in dem die Wirtschafts- und die Sozialpartner, die Umweltverbände und die Gender-Vertreter beteiligt seien. Das sei die politisch vorgesehene Bürgerbeteiligung.

Kapitel 06 01 - Allgemeines

Zu den auf Seite 2 der Fragen der CDU, [Umdruck 18/1851](#), genannten Fragen und den Antworten der Landesregierung interessiert Abg. Hamerich, warum der Ansatz für das Soll 2013 für die Eichdirektion Nord trotz der um 10 % erhöhten Gebührensätze deutlich gestiegen sei.

Staatssekretär Dr. Nägele weist auf die zugrundeliegenden Determinanten wie die Anhebung der Gebühren und die Notwendigkeit der Bildung von Rückstellungen hin, die ihrerseits unabhängig von Gebührenanpassungen getätigt werden müssten. Prognosen für die Erreichung des Soll-Werts für 2013 seien schwer zu machen, anhand der letzten Jahre könne man jedoch sehen, dass die Ansätze relativ gut erreicht würden.

Auf eine weitere Frage des Abg. Hamerich zu den Fragen der CDU-Fraktion (Seite 4, [Umdruck 18/1851](#)) unterstreicht Staatssekretär Dr. Nägele, dass eine globale Minderausgabe der Landesregierung ermöglichen solle, im laufenden Haushalt flexibler zu arbeiten. Man habe sich mit dem Finanzministerium darauf geeinigt, Mittel der globalen Minderausgabe in der Nachschiebeliste aufzulösen. 4,7 Millionen € würden stehengelassen, weil man durch die Umstellung der Förderperiode noch nicht mit hinreichender Präzision sagen könne, in welcher Höhe man Mittel benötige, den Übergang der Strukturen zu sichern.

Im Zusammenhang mit den Fragen zu Veranstaltungen, für die die Landesregierung Mittel in den Haushalt eingestellt habe (Seite 5, [Umdruck 18/1851](#)) interessiert Abg. Hamerich, ob für 2014 bereits Veranstaltungen geplant seien; ausweislich der Antwort der Landesregierung sei dies nicht der Fall. - Staatssekretär Dr. Nägele unterstreicht, dass die Landesregierung auch in der Vergangenheit durch Veranstaltungen versucht habe, auf aktuelle Situationen zu reagieren. Dies lasse sich über den Jahreswechsel nicht planen. Es gebe bereits Überlegungen der Landesregierung, die jedoch noch nicht schriftlich verteilt werden sollten.

Zu Titel 517 01 interessiert Abg. Dr. Garg, ob in diesem der Mindestlohn im Pförtnerdienst berücksichtigt sei. - Staatssekretär Dr. Nägele führt dazu aus, dass man im Moment nicht davon ausgehe, dass es Auswirkungen der Mindestlohnregelung auf diesem Bereich geben werde, für die man Anpassungen vornehmen müsse. Aufgrund der geringen Stundenzahl im Pförtnerdienst habe eine Erhöhung nach dem Tariftreuegesetz keine Auswirkungen auf die Etatisierung.

Kapitel 06 12 - Wirtschaft

Abg. Andresen interessiert im Zusammenhang mit der Frage der FDP-Fraktion zur Finanzierung der Werften (Seite 6, [Umdruck 18/1856](#)), wie die Landesregierung auch vor dem Hintergrund der von der FDP-Fraktion angesprochenen Situation auf dem Schifffahrtsmarkt dazu stehe. - Staatssekretär Dr. Nägele unterstreicht, dass die Landesregierung die maritime Industrie als wichtigen Wirtschaftszweig Schleswig-Holsteins aussehe. Zum Beispiel existiere mit der Flensburger Schiffbaugesellschaft eine hoch innovative Werft, die stark an dem Programm partizipiere. Dieses Innovationsförderprogramm werde auch durch den Bund unterstützt, es lägen zudem Vorbelastungen für 2014 in Höhe von 1,5 Millionen € vor. Eine weitere Unterstützung sei zudem geplant, da die Schiffbauindustrie nur mit hoch innovativen Ansätzen im Spezialschiffbau die Möglichkeit habe, diesen Bereich zu erhalten.

Abg. Schmidt interessiert, wie effektiv das Programm an sich sei und wie viele Arbeitsplätze damit bisher in Schleswig-Holstein gesichert worden seien. - Staatssekretär Dr. Nägele unterstreicht, dass mit der Förderung, deren Wirkung im Hinblick auf Arbeitsplätze nicht evaluiert werde, nicht der Schiffbau selbst unterstützt werde, sondern nur der innovative Anteil an der Schiffskonstruktion. Die Landesregierung gehe davon aus, dass das Innovationsprogramm einen wesentlichen Teil der Werftarbeitsplätze in Flensburg sichere. Das gehe auch aus der Rückmeldung der Flensburger Werft hervor.

Auf eine Nachfrage des Abg. Rother zu einer etwaigen Evaluation durch den Bund bietet Staatssekretär Dr. Nägele an, dem Landtag bisher vorliegende Ergebnisse zur Verfügung zu

stellen und den Ausschuss über die nächsten geplanten Überprüfungen vonseiten des Bundes zu informieren.

Auf eine Frage des Abg. Dr. Breyer zu den geförderten Projekten bietet Staatssekretär Dr. Nägele an, dem Ausschuss eine Aufstellung dieser zur Verfügung zu stellen. Es gehe dabei um innovative Antriebe und Ähnliches. Rüstungsprojekte seien grundsätzlich aus der Finanzierung ausgeschlossen. Die genannte Werft sei nur im zivilen Schiffbau tätig.

Herr Dopp, Senatsmitglied im Landesrechnungshof, führt auf eine Frage des Abg. Dr. Breyer zu den Planungen der Einrichtung einer Multi-Purpose-Pier in Brunsbüttel aus, dass man zu dem vorhandenen Bedarf keine Stellung nehmen könne, da dem Landesrechnungshof dazu keine Erkenntnisse vorlägen.

Abg. Hamerich interessiert, ob bei einer Kürzung der europäischen Mittel geplant sei, eine Aufstockung durch GRW-Mittel vorzunehmen, um Arbeitsplätze nicht zu gefährden, und ob beim Zukunftsprogramm Wirtschaft neue Ansätze vorhanden seien, in welche Richtung die Planungen gehen könnten. - Staatssekretär Dr. Nägele weist auf seine Ausführungen zum Zukunftsprogramm Arbeit hin, die auch für das Zukunftsprogramm Wirtschaft gelten würden. Man werde das in Zusammenhang mit der Diskussion um die Operationellen Programme im November behandeln und gehe davon aus, dass man einen Teil des Rückgangs der EFRE-Mittel werde ausgleichen können. Da sich aber der EFRE in seiner Ausrichtung stark verändern werde, werde es keinen projektgenauen Ausgleich geben können. Die europäische Struktur- fondsförderung werde sich ab 2014 stark auf den Bereich Energiewende und Innovation sowie Forschung und Entwicklung ausrichten. Man erwarte, dass die beiden Programme sich in Zukunft ergänzen würden und anders als in der Vergangenheit nicht parallel eingesetzt werden könnten. - Auf eine Nachfrage des Abg. Dr. Tietze bestätigt Staatssekretär Dr. Nägele, dass auch „grüne“ Antriebskonzepte bei der Förderung von Innovationen eine wichtige Rolle spielten.

Abg. Dr. Garg interessiert, inwieweit Abstimmungsprozesse der Landesregierung zur neuen Markenarchitektur bereits abgeschlossen seien. Ihn interessiert zudem, wer die mit 500.000 € veranschlagten Veranstaltungen zum Standortmarketing konzeptionalisieren werde, ob es eine Vergabe an eine Agentur gebe und ob und wie der Auswahlprozess stattgefunden habe.

Staatssekretär Dr. Nägele führt dazu aus, dass das Kabinett einen ersten Entwurf einer Dachmarke zur Kenntnis genommen habe. Es sei jedoch noch kein Markenhandbuch erstellt worden, in dem durch Farbmuster und pixelscharfe Darstellungen festgelegt werde, wie zum Beispiel Visitenkarten oder Webseiten auszusehen hätten, damit alle Beteiligten einen einheitli-

chen Auftritt hätten. Im Moment würden die Ministerien beteiligt, man gehe davon aus, dass man noch im Jahr 2013 im Kabinett auch über das Markenhandbuch befinden werde. Das Markenhandbuch sei durch die Agentur boy Kommunikation und Strategie GmbH, Kiel entworfen worden, mit der das Ministerium seit mehreren Jahren durch einen Rahmenvertrag verbunden sei ([Drucksache 18/1116](#)).

Ebenfalls Bezug nehmend auf das Standortmarketing interessiert Abg. Andresen, inwieweit die Landesregierung erwarte, die bisher nicht verausgabten Mittel in Höhe von 350.000 € für das laufende Jahr noch zu verausgaben beziehungsweise wofür konkret die 500.000 € Mittel veranschlagt seien.

Staatssekretär Dr. Nägele führt dazu aus, dass die Kosten beim Standortmarketing besonders beim Entwurf von Kampagnen und deren Umsetzung entstünden. Der Entwurf einer Dachmarke sei der kleinere Teil des Kostenblockes. Abhängig von der Entscheidung im Kabinett könnte noch ein Teil oder die gesamten Mittel gebunden werden. Man gehe davon aus, dass man im Jahr 2014 die angemeldeten Mittel zu 100 % werde binden können. Ziel sei zunächst, die Menschen in Schleswig-Holstein hinter der Marke „Der echte Norden“ zu versammeln und diese Marke in Schleswig-Holstein bekannt zu machen. Dazu werde eine Agentur per Ausschreibung gesucht, die dies für die Landesregierung umsetze. Er weist zur Mittelverausgabung zudem auf die Beantwortung der Fragen hin, die jeweils nur den zur Drucklegung vorhandenen Stand wiedergeben könne.

Abg. Schmidt interessiert zum Titel 686 01 - den Qualifizierungsmaßnahmen für ausländische Fach- und Führungskräfte -, wie die Ankündigung der Landesregierung zustande komme, den Titel über die Nachschiebeliste für die Partnerprovinz Zhejiang um 20.000 € anzuheben. - Staatssekretär Dr. Nägele führt aus, dass die Koordinierung der Maßnahmen in der Hand der Staatskanzlei liege, das Wirtschaftsministerium sei lediglich unterstützend tätig. Das Programm gebe es bereits seit Längerem, und es werde auf Wunsch der Staatskanzlei im Etat des Wirtschaftsministeriums weitergeführt.

Auf eine Frage des Abg. Hamerich zur Markenarchitektur und möglicher Konkurrenz der nördlichen Bundesländer unterstreicht Staatssekretär Dr. Nägele, dass Niedersachsen auch die Region des Harzes umfasse, die eher mitteldeutsch geprägt sei, während der Stadtstaat Hamburg einen ganz eigenen Markenauftritt habe. Dass die Markenbezeichnung „Der echte Norden“ sei mit den Partnern in Mecklenburg-Vorpommern besprochen worden. Aus Sicht dieser Partner sei dies keine Konkurrenz. Er plädiert für eine parteiübergreifende Unterstützung der

neuen Dachmarke. Zur Erläuterung führt er aus, dass eine Markenarchitektur festschreibe, wer innerhalb einer Marke welche Teile wie benutzen dürfe.

Zu Titel 883 01, Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Infrastrukturmaßnahmen, möchte Abg. Koch in Verbindung mit den Antworten der Landesregierung auf die Fragen der CDU-Fraktion (Seiten 15 und 16, [Umdruck 18/1851](#)) wissen, ob die im Jahr 2012 nicht abgeschlossenen Maßnahmen im Jahr 2013 abgeschlossen würden, in welchem Volumen diese Maßnahmen den Haushalt 2013 belasten würden und ob sich daraus auch Belastungen für den kommenden Haushalt ergäben. Ihn interessiert zudem, inwieweit der Mittelansatz von 11 Millionen € für das Jahr 2013 voraussichtlich ausgeschöpft werde.

Staatssekretär Dr. Nägele führt dazu aus, dass die Maßnahmen seiner Kenntnis nach alle abgeschlossen seien. Da das Jahr noch nicht zu Ende sei, könne er sich dazu nicht äußern, wie hoch die Mittelausschöpfung am Ende des Jahres sein werde. Man sei aber bemüht, die Mittel vollständig bis zum Ende des Jahres zu binden. Dies sei auch im Hinblick auf die kommenden Jahre wichtig, weil auch der Bund ein Augenmerk darauf habe, inwieweit GRW-Mittel vollständig gebunden würden. Er bietet dem Ausschuss an, weiter zu berichten.

Auf Nachfrage des Abg. Koch sagt Staatssekretär Dr. Nägele zu, die vorläufigen Zahlen bis zum 31. Oktober 2013 dem Ausschuss nachzureichen. Auf eine weitere Nachfrage des Abg. Koch zum Förderantrag für das interkommunale Gewerbegebiet Schleswig/Schuby erläutert Staatssekretär Dr. Nägele, dass der entsprechende Förderantrag nun vorliege, die fachtechnischen Prüfungen seien jedoch noch nicht abgeschlossen. Da es um GRW-Mittel gehe, sei in den seltensten Fällen damit zu rechnen, dass Barmittel ausgegeben werden könnten, da der Bund selbst nur eine Verpflichtungsermächtigung vorsehe.

Auf eine Frage des Abg. Dr. Breyer zur einzelbetrieblichen Förderung führt Staatssekretär Dr. Nägele aus, dass man an der Nachschiebeliste sehen könne, dass die Landesregierung von einer Mittelbindung von 4,5 Millionen € ausgehe. Im Zusammenhang mit einer Frage zu den Kosten für die Abwicklung von Förderprogrammen, Titel 671 02, erläutert Staatssekretär Dr. Nägele, dass man sich in permanenter Abstimmung mit dem Rechnungshof befinde, wenn es um die künftige Förderstruktur gehe. Man sei bemüht, das, soweit es sinnvoll sei, in eine Hand zu geben, und habe sich intensiv mit den künftigen Förderstrukturen beschäftigt. Aus Sicht des Landesrechnungshofs biete es sich an, das in die Hand der Investitionsbank zu legen, die Landesregierung sei jedoch zum Ergebnis gekommen, dass man die WTSH im Bereich der Innovations- und Technologieförderung mit im Boot haben wolle. Das sei mit den beteiligten Akteuren auch abgestimmt. Die Abwicklungskosten, die im Haushaltsansatz angelegt seien, würden auch weiterhin bestehen. Eine fixe Kostenabrechnung sei in den Fällen, in denen hoher

Zeitaufwand nötig sei, nicht möglich, die Investitionsbank Schleswig-Holstein sei aber im Vergleich zu anderen Förderbanken das Institut, das den kleinsten Gemeinkostenanteil ansetze.

Auf eine weitere Nachfrage des Abg. Dr. Breyer zur Höhe des Verwaltungskostenanteils der Investitionsbank für die Abwicklung des ZPW sagt die Landesregierung zu, diesen nachzureichen.

Auf eine Frage des Abg. Dr. Tietze zu den Maßnahmen der Gesundheitswirtschaft in Schleswig-Holstein zu Titel 535 01 führt Staatssekretär Dr. Nägele aus, dass man diesen Titel aus dem Sozialministerium übernommen habe. Man wolle diesen Aspekt mit dem Thema Gesundheitstourismus einerseits aber auch mit dem Bereich Medizintechnik andererseits verknüpfen. Er bietet an, im Wirtschaftsausschuss über die Konzeption des geplanten Gesundheitskongresses zu berichten.

Zu dem Gesundheitswirtschaftskongress, den Staatssekretär Dr. Nägele angesprochen hat, interessiert Abg. Dr. Garg die Höhe des Landesanteils an der Finanzierung. - Dazu führt Staatssekretär Dr. Nägele aus, dass man nach derzeitigem Stand davon ausgehe, dass der Landesetat mit circa 50.000 € belastet und der übrige Teil von Sponsoren und durch Teilnehmergebühren aufgebracht werde.

Abg. Schmidt interessiert, was sich die Landesregierung von der neuen Mitgliedschaft in dem Binneneuropäischen Chemieregion-Netzwerk (BCRN) verspreche, die im Haushaltstitel 686 05 veranschlagt sei. - Dazu führt Staatssekretär Dr. Nägele aus, dass auch bisher das Land Mitglied in dem Netzwerk gewesen sei, jedoch bisher die egeb diese Mitgliedschaft bezahlt habe. Man habe die Kosten in den Landeshaushalt übernommen. Durch den ChemCoastPark in Brunsbüttel zähle sich Schleswig-Holstein zu den Chemieregionen, das Netzwerk habe in Brüssel eine doppelte Aufgabe, es sei Informationsrelais, biete aber auch eine Möglichkeit, um für die besonderen Bedürfnisse der Chemieregion in Europa zu werben.

Im Zusammenhang mit der von Abg. Dr. Tietze gestellten Frage zu Maßnahmen der Gesundheitswirtschaft interessiert Abg. Dr. Garg, wieso nur die Hälfte des im Sozialministerium veranschlagten Titels übernommen worden sei. - Staatssekretär Dr. Nägele führt dazu aus, dass man nur die Hälfte des Etats in das Wirtschaftsministerium übernommen habe, da der Bereich Ärztinnen- und Ärztenetzwerk im Sozialministerium verblieben sei.

Kapitel 06 13 - Technologie, Tourismus und Verbraucherschutz

Abg. Dr. Tietze interessiert sich für Titel 684 15, konkret die Zuwendung an die Verbraucherzentrale für die energetische Beratung von einkommensschwachen Haushalten, die um 40.000 € gekürzt worden sei. - Staatssekretär Dr. Nägele führt aus, dass die Zuständigkeit für Energiewende im entsprechenden Ministerium liege, und weist darauf hin, dass es sich bei den angesprochenen 40.000 € um

Projektförderung gehandelt habe, das Projekt sei ausgelaufen. Die institutionelle Förderung in der vorgesehenen Höhe sei mit den Verbraucherzentralen abgestimmt und - davon gehe das Ministerium aus - auskömmlich.

Auf eine Frage des Abg. Schulze sagt Staatssekretär Dr. Nägele zu, dem Landtag eine Übersicht über die Gesamtfinanzierung der Verbraucherzentrale zur Verfügung zu stellen.

Abg. Dr. Breyer weist auf die seiner Ansicht nach zu geringe institutionelle Förderung der Verbraucherzentralen hin und regt an, diese zu erhöhen. Ihn interessiert zudem, warum die Mittel für Verbraucherschutz nicht ausgeschöpft worden seien. - Staatssekretär Dr. Nägele unterstreicht, dass man Mittel nur ausgeben könne, wenn Projektanträge vorlägen.

Abg. Dr. Breyer interessiert im Zusammenhang mit Titel 683 61, ob daran gedacht sei, strukturelle Veränderungen im Bereich des Tourismusmarketings vorzunehmen, das zurzeit mit vier Ebenen sehr kleinteilig sei. - Staatssekretär Dr. Nägele hebt hervor, dass die Landesregierung zurzeit damit beschäftigt sei, die Konzeption für den Bereich Tourismus zu überarbeiten. Die künftige Struktur der Tourismusförderung im Land werde selbstverständlich dem Landtag vorgestellt werden.

Auf eine Frage des Abg. Dr. Breyer zur Beteiligung der TASH am Deutschen Tourismustag und zur Förderung dessen führt Staatssekretär Dr. Nägele aus, dass sich die TASH selbstverständlich am Tourismustag beteiligt habe. Seiner Kenntnis nach sei man mit 30.000 € Förderung daran beteiligt gewesen.

Im Zusammenhang mit einer Frage des Abg. Andresen zu den Zuschüssen an öffentliche Einrichtungen, Titel 686 01 beziehungsweise 685 61, und eine Veränderung der Ansätze erläutert Staatssekretär Dr. Nägele, dass man künftig stärker die TASH direkt fördern wolle, die Fördermittel aber verstärkt für Projekte eingesetzt werden sollten. Daher habe es in diesem Bereich Verschiebungen gegeben. Der Landtag werde im Rahmen der Information zur Tourismusstrategie weiter informiert werden.

Kapitel 06 14 - Verkehrswesen

Auf eine Frage des Abg. Hamerich zu den für den Radwegebau veranschlagten Mitteln (Seite 24, [Umdruck 18/1851](#)) führt Staatssekretär Dr. Nägele aus, dass die 2,5 Millionen €, die in der Antwort erwähnt seien, die Mittelbindung für 2013 darstellten. Beim Iron Curtain Trail handele es sich um die Erstellung eines Radwegenetzes und nicht um physischen Radwegebau. Kosten im Zusammenhang mit dem Iron Curtain Trail seien eher im Bereich Marketing und Beschilderung und somit in anderen Haushaltstiteln zu finden.

Auf eine Frage des Abg. Koch zum Radwegebau führt Staatssekretär Dr. Nägele aus, dass angestrebt sei, künftig 70 % für den öffentlichen Verkehr einzusetzen. Der Radverkehr selbst sei in enger Definition kein Teil des öffentlichen Verkehrs. Der Landesregierung sei wichtig gewesen, auch im Haushalt deutlich zu machen, dass das Land ein Radverkehrsland sei. Durch die gegenseitige Deckungsfähigkeit sei gesichert, dass dort nicht abgerufene Mittel dem kommunalen Straßenbau zur Verfügung stünden.

Abg. Vogt interessiert, welcher Anteil im Radwegebau auf den Neubau entfalle und welcher Anteil auf Sanierung und Erhalt. - Staatssekretär Dr. Nägele hebt hervor, dass es sich im Wesentlichen um Neubaumaßnahmen handele. Dies sei auch in den entsprechenden Antworten auf die Fragen der Fraktionen ausgewiesen.

Auf eine Frage des Abg. Dr. Breyer, in welcher Höhe die veranschlagten Mittel für begonnene und nicht begonnene Ausbauvorhaben veranschlagt seien, hebt Staatssekretär Dr. Nägele hervor, dass der Beginn eines Bauvorhabens schwierig zu definieren sei. Man müsse zwischen der Genehmigung, dem tatsächlichen Beginn des Baus und diversen Zwischenschritten unterscheiden. Auf den Zeitpunkt des Beginns der Baumaßnahme habe die Landesregierung relativ wenig Einfluss. Er bietet an, dem Landtag eine Zusammenstellung der beantragten Maßnahmen, die noch nicht abgeschlossen seien, zur Verfügung zu stellen. Eine Abfrage des jeweils konkreten Standes der einzelnen Baumaßnahmen sei sehr aufwendig. Auf den Seiten 100 und 101 finde sich zudem eine Etatisierungsübersicht. Diese Liste werde noch einmal aktualisiert.

Auf eine Frage des Abg. Neve im Hinblick auf die Fragen der CDU zu Zuweisungen aus Bundesmitteln für den kommunalen Straßenbau (Seite 26, [Umdruck 18/1851](#)) antwortend legt Staatssekretär Dr. Nägele dar, dass die Landesregierung entschieden habe, die aufstockende Förderung des FAG maximal nur noch in Ausnahmefällen zu machen. Grund dafür sei, dass man mehr Maßnahmen im Land durchführen wolle, aber dafür auch eine höhere Beteiligung von kommunaler Seite erwarte. Damit könne der Instandhaltungsstau schneller aufgelöst werden.

Abg. Hamerich interessiert, wie die Landesregierung dazu stehe, dass beim Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr derzeit neun Stellen unbesetzt seien, und ob geplant sei, diese Vakanzen verstärkt mit Werkverträgen auszugleichen. - Staatssekretär Dr. Nägele hebt hervor, dass mit Zurückfahren des Personals im LBV der Werkvertragstitel von 2 Millionen auf 15 Millionen € enorm angewachsen sei. Der Markt der freien Büros sei in Schleswig-Holstein jedoch erschöpft, gleichzeitig sei es der Landesregierung nicht möglich, entsprechend qualifiziertes Personal selbst zu rekrutieren. Auf Seite 107 im Einzelplan 06 sei der Kostenblock Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein ausgewiesen.

Auf eine Frage des Abg. Vogt zum Instandhaltungsstau auf kommunalen Straßen und den zur Sanierung notwendigen Mitteln unterstreicht Staatssekretär Dr. Nägele, dass es keine straßengenaue Zustandserfassung auf kommunaler Ebene gebe, die mit der Erfassung auf Landesebene vergleichbar sei. Es gebe Schätzungen der Bodewig-Kommission, deren Fazit sei, dass insgesamt Mittel in Höhe von 7,2 Milliarden € pro Jahr zusätzlich nötig seien, um die Straßen von Bund, Land und Kommunen sowie die zusätzliche Infrastruktur instandzuhalten. Die im Haushaltsentwurf ausgewiesenen Radwege seien die Radwege, die im Radverkehrswegeplan des Landes bereits ausgewiesen seien. Man habe keine Zweifel daran, dass es den jeweiligen Bedarf gebe. Wenn auf kommunaler Ebene die Entscheidung getroffen werde, in Einzelfällen dem Neubau vor der Instandhaltung den Vorzug zu geben, werde sich die Landesregierung in eine solche Entscheidung nicht einmischen.

Auf eine Frage des Abg. Dr. Breyer zu der Möglichkeit, geplante, aber noch nicht begonnene Projekte zeitlich zu verschieben, weist Staatssekretär Dr. Nägele auf die auch durch Planfeststellungsverfahren bedingten langen Vorlaufzeiten und auf einen möglichen politischen Flurschaden bei einer Verschiebung von Projekten hin.

Abg. Magnussen möchte wissen, inwieweit sich die Landesregierung im Zusammenhang mit Betriebszuschüssen für den Landesbetrieb Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz von der Zielsetzung der alten Landesregierung, Häfen zu privatisieren beziehungsweise zu kommunalisieren, verabschiedet habe. - Staatssekretär Dr. Nägele unterstreicht, dass eine Privatisierung nur dort infrage komme, wo sich Private fänden, die diese Aufgabe übernehmen wollten. Eine andere Möglichkeit sei, die betreffenden Häfen zu schließen. Der Betrieb des Hafens Friedrichskoog, der auch von Abg. Magnussen angesprochen worden sei, werde im kommenden Jahr aufrechterhalten. Das sei den Betroffenen zugesagt worden. Derzeit werde ein Businessplan erarbeitet, im Januar gebe es ein weiteres Gespräch beim Ministerpräsidenten, nach dem man klarer sehen werde, wie die Situation in den Jahren nach 2014 aussehen werde. Der Hafen in Friedrichskoog werde nicht aus den Betriebskostenzuschüssen des LKN finanziert.

Den Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses interessiert, inwieweit die vom Verkehrsminister angekündigte Mittelumschichtung von Mitteln in Höhe von 5 Millionen € für das Jahr 2013 bereits abgeschlossen sei und welche Pläne man für das Jahr 2014 habe, um die Landesstraßen zu erhalten beziehungsweise wie viele Mittel dafür notwendig seien.

Staatssekretär Dr. Nägele führt aus, dass das Jahr 2013 noch nicht abgeschlossen sei und man zudem aufgrund der vorliegenden Deckungsfähigkeit keine titelgenaue Auflistung darüber erstellen könne, woher die von Minister Meyer angekündigten Mittel stammten. Mit der Abrechnung des Haushalts 2013 werde man das nachweisen. Im Haushalt 2014 finde sich eine Überrollung, der Aufwuchs um

5 Millionen € sei der Nullstellung des Titels 894 03, Kostenbeitrag des Landes zum Ausbau der Hinterlandanbindung für die fest Fehmarnbelt-Querung, geschuldet. Man befindet sich am Ende des Planfeststellungsverfahrens, aus diesem Grunde gebe es an dieser Stelle eine Neujustierung der Kostenverteilung. Im Übrigen sei man dabei, dem Straßenbau künftig über eine Fondslösung mehr Mittel bereitzustellen. Das finde sich dann aber nicht im Haushalt des Wirtschaftsministeriums wieder. Insgesamt würden die Mittel für die Instandsetzung der Landesstraßen deutlich aufgestockt.

Auf eine Nachfrage des Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses zum Unterschied zwischen den Mitteln, die dafür eingestellt seien, und dem tatsächlichen Bedarf an Mitteln zur Sanierung verweist Staatssekretär Dr. Nägele auf den Straßenzustandsbericht. Zum Jahreswechsel werde ein neuer Straßenzustandsbericht auf der Grundlage neuer Messdaten vorgelegt werden.

Abg. Koch interessiert, welche Investitionen über direkte Maßnahmen für die Landesstraßen hinaus aus dem Titel 894 01, An den Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein für Investitionen, bestritten werden sollten. - Staatssekretär Dr. Nägele führt aus, dass dieser Titel nicht nur die Instandsetzung von Landesstraßen umfasse. Gern werde man auch dem Wirtschaftsausschuss Näheres dazu vorstellen. Kosten für die feste Fehmarnbelt-Querung wären in diesem Titel ebenfalls vorhanden, jedoch nicht mehr in der im letzten Jahr veranschlagten Höhe. Zudem würde ein Teil der Kosten, die das Land zunächst tragen werde, später vom Bund erstattet.

Kapitel 12 06 - Hochbaumaßnahmen

Zu dem Kapitel werden keine Fragen gestellt.

Im Zusammenhang mit den Titeln 972 02 und 972 03, Globale Minderausgaben, interessiert den Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses, an welcher Stelle die Landesregierung Mehreinnahmen in Höhe von mehr als 7 Millionen € erwarte, die ein Erbringen dieser globalen Minderausgabe erwartbar erscheinen ließen. - Staatssekretär Dr. Nägele führt dazu aus, dass dieser Titel ein Puffer sei, der mit dem Titel 971 01 korrespondiere, bei dem es darum gehe zu verhindern, dass Mittel verfallen.

Der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses präzisiert seine Frage dahin gehend, dass ihn besonders der Titel 972 03, eine globale Minderausgabe in Höhe von über 7,4 Millionen € interessiere. - Dazu führt Staatssekretär Dr. Nägele aus, dass die eine globale Minderausgabe der haushaltstechnischen Abwicklung während des Jahres diene, während die andere eine globale Minderausgabe zum Budgetausgleich gedacht sei. Die globale Minderausgabe von 7,4 Millionen € werde man aus dem laufenden Haushalt, allerdings aus anderen Bereichen, erbringen.

Frau Reese-Cloosters, Leiterin der Abteilung Haushalt und Beteiligungen im Finanzministerium, stellt präzisierend klar, dass man bereits seit längerer Zeit über die genannten Titel diskutiere und bemüht sei, diese zurückzuführen, was jedoch eine gewisse Zeit in Anspruch nehme. Im Wesentlichen gehe es bei den Titeln darum, die Entstehung von Haushaltsresten zu vermeiden, da diese im nächsten Jahr finanziert werden müssten und schwer im Konsolidierungsprozess einplanbar seien. Man werde in einem der nächsten Haushalte den Titel komplett erledigt haben.

Frau Hocker vom Landesrechnungshof ergänzt, dass sich auch der Landesrechnungshof mit dem Thema befasst, jedoch davon Abstand genommen habe, das Vorgehen zu kritisieren, da es haushaltsrechtlichen Vorschriften nicht widerspreche, wohl aber unüblich sei.

(Unterbrechung der Sitzung von 12:10 bis 14:05 Uhr)

Einzelplan 13 und Kapitel 12 13 - Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Herr Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, führt in die Eckpunkte des Einzelplans 13 und des Kapitels 12 13 zum Entwurf des Haushaltes ein (siehe Anlage 2 zu dieser Niederschrift).

Abg. Dr. Garg bemängelt, dass konkrete Projekte für Schleswig-Holstein im Zusammenhang mit der Energiewende erst in der Nachschiebeliste präzisiert würden. Er hält es für künftige Haushaltsberatungen für hilfreich, wenn bereits bei der Beratung des Einzelplans diese Projekte enthalten seien und nicht immer auf die Nachschiebeliste verwiesen werde.

Auf eine Frage von Abg. Koch zum Erdölförderzins sagt Minister Dr. Habeck zu, das sich abzeichnende Ist des laufenden Jahres nachzureichen.

Eine Frage von Abg. Magnussen bezüglich der Landesnetzagentur und den auf Seite 162 der Fragen der CDU, [Umdruck 18/1851](#), aufgeführten Fragen und den Antworten der Landesregierung beantwortet Minister Dr. Habeck dahin gehend, die Überprüfung in seinem Haus sei noch nicht abgeschlossen. Für ihn sei es politisch sinnvoll, die Stadtwerke angemessen für ihre Leistungen zu entlohnen. Zurzeit würden pro Jahr 200.000 € an die Bundesnetzagentur gezahlt. Bei einer eventuellen Einführung einer Landesnetzagentur sollte der Landeshaushalt

nicht über Gebühr belastet werden. Er hoffe, die Überprüfung innerhalb des nächsten halben Jahres münde in einem Ergebnis.

Kapitel 13 01 - Allgemeines

Auf Fragen der Abg. Schmidt und Koch zum Anstieg des Titels 511 06 um 30.000 € für das Jahr 2014 führt Dr. Gerwien, Leiter des Referats Haushalt, Controlling, Innerer Dienst im Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, aus, dass sich dieser Betrag einerseits aus gestiegenen Portokosten und erhöhten Kosten für Büromaterial, wie beispielsweise ergonomische Tische und Stühle, und andererseits aus der Erweiterung des Ministeriums durch neue Mitarbeiter, eine zusätzliche Abteilung und ein neues Amt zusammensetze. Minister Dr. Habeck ergänzt, er werde zum besseren Verständnis eine detaillierte Auflistung der Posten aus dem Jahr 2013 nachreichen. Hieraus werde deutlich, dass der Ansatz für 2013 nicht ausgereicht habe und somit für 2014 eine Erhöhung erforderlich sei.

Kapitel 13 13 - Naturschutz

Zu den auf Seite 141 der Fragen der CDU, [Umdruck 18/1851](#), genannten Fragen und der Antwort der Landesregierung bezweifelt Abg. Rickers, dass die Mittel in Höhe von jährlich 360.000 € für die Aufstockung des Stiftungskapitals zwingend erforderlich seien. Er schlägt vor, die Pacht der stiftungseigenen Flächen leicht anzuheben und dadurch einen Ausgleich zu schaffen. Herr Dr. Kämpfer, Staatssekretär im Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, informiert darüber, das Ministerium habe beide Punkte im Fokus. Zum einen werde der Grundzuschuss der Stiftung Naturschutz um 20 % von 300.000 auf 240.000 € gekürzt, und zum anderen gehe es um Zusammenhänge im Rahmen der Kapitalisierung neuer Flächen und den dort zu entlohnenden Verwaltungsaufwand. Ihm sei dabei wichtig, dass Flächen, die das Ministerium zum Beispiel vom LBV bekomme und der Stiftung gebe, dem gleichen Prozedere unterlägen wie Flächen, die von außerhalb hinzukämen. Wenn die Stiftung Flächen bekomme, habe sie damit auch einen Verwaltungsaufwand, wie zum Beispiel durch die Grundsteuer. Zurzeit erfordere die Finanzlage der Stiftung noch einen Ausgleich begründeter Positionen, die entgolten würden. Auf mittlere Sicht könne er sich eine Entwicklung vorstellen, die dies nicht mehr erforderlich mache.

Herr Asmussen, Senatsmitglied im Landesrechnungshof, erwidert, es gehe nicht nur um Pachten. Im Zusammenhang mit den Grundstücken würden auch andere Einnahmen erzielt werden. Die Stiftung sei zum Beispiel Empfänger von erheblichen Summen der Direktzahlungen

der EU. Ebenso würden im Zusammenhang mit dem Zugang von Grundstücken auch erhebliche Einnahmen erzielt. Staatssekretär Dr. Kämpfer wendet ein, es sei nicht immer ganz klar, was aus den Flächen werde, die die Stiftung bekomme. Manchmal seien sie in der Nutzung, manchmal nicht. Manchmal könne eine Pacht erzielt werden, manchmal nicht. In Bezug auf die Ausführungen zu den Direktzahlungen hält er entgegen, dass diese jetzt sinken würden, da die Stiftung zu den eher größeren Grundeigentümern gehöre. Für die pauschale Lösung gebe es somit gute Gründe. Abg. Redmann merkt an, dass über das Ob und die Höhe eines Zuschusses immer noch das Parlament entscheide.

Auf Fragen der Abg. Rickers und Koch (Seite 143 und 144, [Umdruck 18/1851](#)) führt Herr Elscher, Leiter des Referats Grundsatzangelegenheiten, Vertragsnaturschutz, Artenschutz, Fördermaßnahmen im Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, aus, die vermeintlichen Kürzungen der Natura-2000- und Dauergrünland-Programme seien rein buchungstechnischer Natur. Bei den Titeln seien nur die Landesmittel angegeben. Hinzu kämen dann noch die entsprechenden EU-Mittel, sodass das Ergebnis bei der Natura-2000-Prämie nur geringfügig reduziert sei. Dies liege an einem geringeren Antragseingang, der etwa 60.000 € ergebe. Gegenüber 2011 und 2012 seien die Veränderungen somit nur geringfügig. Die Zuschüsse der EU für Naturschutz und Landschaftspflegeschutzmaßnahmen seien in Titel 346 01 aufgeführt.

Eine Frage von Abg. Götsch bezüglich der Ausgaben für den Wolf (Seite 180, [Umdruck 18/1851](#)) beantwortet Staatssekretär Dr. Kämpfer dahin gehend, dass bis zum 25. Oktober 2013 für das Wolfmanagement 14.200 € verausgabt worden seien. Dies beinhalte Mittel für den Herdenschutz und erstmalig auch Mittel für Entschädigungen in Höhe von knapp 18.000 € sowie Sachkosten in Höhe von 22.300 € für Beratungskosten und das Wolf-Informationszentrum. Das Wolfmanagement werde aus dem Titel 685 09 finanziert.

Abg. Dr. Garg bittet darum, zu den auf Seite 205 der Fragen der FDP, [Umdruck 18/1856](#), genannten Fragen und den Antworten der Landesregierung zum Titel 681 23 nachzureichen, wie viele Verträge mit welchen Beträgen abgeschlossen worden seien.

Kapitel 13 15 - Wasserwirtschaft, Meeres- und Küstenschutz

Auf eine Frage von Abg. Schmidt führt Herr Wienhold, Abteilung Wasserwirtschaft, Meeres- und Küstenschutz; Bundesbeauftragter für den Wasserbau im Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, aus, es gehe insgesamt nur 11 oder 12 Zahler.

Staatssekretär Dr. Kämpfer ergänzt, er werde prüfen lassen, ob eine Hergabe oder Einsichtnahme der Daten möglich sei.

Bezug nehmend auf Titel 883 01, Zuweisungen an Gemeinden für Maßnahmen zur Verbesserung der Gewässergüte, informiert Herr Wienhold auf eine Frage von Abg. Dr. Garg darüber, dass zurzeit keine aktuelleren Zahlen als die bereits genannten vorlägen. Die Veranschlagung für 2014 ergebe sich aus Finanzierungslisten der Gemeinden, in denen festgelegt sei, welche Zuschüsse noch zu zahlen seien. Da das Programm auslaufe, würden jetzt nur noch die Nachzügler behandelt werden, die ihre Hauskläranlagen nachzurüsten hätten. Diese Zuschüsse seien in das Jahr 2014 verschoben worden. Es handele sich hierbei etwa um ein Drittel des Betrags aus 2013.

Kapitel 13 19 - Verbraucherschutz

Zu einer Frage von Abg. König zu Titel 534 03 informiert Staatssekretär Dr. Kämpfer darüber, dass es sich hierbei um ein Monitoring-Programm für Dioxinbelastungen bei extensiver Rinderhaltung, insbesondere hinter dem Deich an der Elbe, handle. Diese Gebiete seien zu DDR-Zeiten überflutet worden, und deshalb wisse man, dass die Schadstoffbelastung dort teilweise noch hoch sei. Es gebe aber auch allgemein eine generelle Belastung mit Dioxinen und anderen Giftstoffen. Bei einer extensiven und auch Freilandhaltung von Rindern - die politisch wünschenswert sei - ergäben sich in bestimmten Organen Schadstoffwerte, die zwar nicht im gesundheitsschädlichen Bereich lägen, gleichwohl aber über den gesetzlichen Grenzwerten. Dieses Problem der generellen Hintergrundbelastung wachse leider an. Es verstärke sich, wenn die Rinderhaltung auf den zuvor genannten Flächen der ehemaligen DDR erfolge. Das Monitoring-Programm solle mehr Klarheit bezüglich dieses Problems schaffen. Das Land übernehme die Untersuchungskosten komplett. Leider habe jedoch ein Landwirt vor dem Verwaltungsgericht gegen dieses Programm geklagt und in einem Eilverfahren recht bekommen. Aufgrund dieser rechtlichen Entscheidung habe das Monitoring-Programm vorläufig eingestellt werden müssen. Es sei zwar Beschwerde gegen diese Entscheidung eingelegt worden, aber ein endgültiges Urteil gebe es noch nicht.

Auf eine Frage von Abg. Rickers zu den auf Seite 167 der Fragen der CDU, [Umdruck 18/1851](#), aufgeführten Fragen und den Antworten der Landesregierung führt Minister Dr. Habeck aus, dass für die zukünftige Unterstützung von Produkten aus Schleswig-Holstein eine Reihe von Maßnahmen denkbar seien. Für die Vermarktung von Produkten in Schleswig-Holstein würden sicherlich Anteile der ELER-Mittel eingesetzt werden. Ziel der Verar-

beutung und Vermarktung sei es, die Wertschöpfungskette der Landwirtschaft im Land stärker zu erhalten und hierdurch auch Arbeitskräfte zu generieren. Bei der Ausweisung von höherwertigen Produkten würde man gern das Gütesiegel Schleswig-Holstein, das im nächsten Jahr Geburtstag feiere, nutzen.

Zu einer Frage von Abg. Jensen gibt Minister Dr. Habeck Auskunft darüber, dass der Bedarf an größeren und sicheren Lagerkapazitäten für Gülle in Schleswig-Holstein ausgesprochen hoch sei. Es sei jedoch angekündigt gewesen und auch im Haushalt 2013 so dargestellt, dass die Zuschüsse im Rahmen des Agrarinvestitionsförderprogramms des Titels 892 20 eine einmalige Förderung seien. Sie diene als Einstieg für die große Aufgabe des Gewässerschutzes. Er hoffe, aus der einmaligen politischen Signalwirkung erwachse keine Anspruchshaltung auf den Fortbestand dieser Forderung. Die Landwirtschaft stehe selber in der Pflicht, ausreichend Güllekapazitäten bereitzuhalten, die auch witterungsschwierige Zeiträume während der Lagerung überstehen könnten. Er sagt zu, Zahlen zum regionalen Verteilungsschlüssel und der Betriebsstruktur nachzureichen.

In Bezug auf Titel 683 04 und die dazu aufgeworfene Frage von Abg. Dr. Garg sagt Minister Dr. Habeck zu, die Anzahl der Antragseingänge und eine Schätzung der noch zu erwartenden Neubewilligungen für das Jahr 2013 nachzureichen.

Einer von Abg. Rickers aufgeworfenen Frage zur Erstaufforstung (Seite 176, [Umdruck 18/1851](#)) pflichtet Minister Dr. Habeck bei, dass bei dem Ziel einer maßgeblichen Erhöhung des Waldanteils auch sehr viel Geld angesetzt werden müsste, um neue Flächen einzubeziehen. Nach Abwägung anderer Maßnahmen sei dieses Vorgehen jedoch abgelehnt worden. Denn hierdurch würde an anderer Stelle der Druck erhöht werden und Landwirte müssten womöglich ihren Hof abgeben. Das widerspreche der Politik, Landwirten eine Chance zu geben in ihren familienwirtschaftlichen Strukturen weiter zu wirtschaften, und den Druck eben nicht zu erhöhen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Feldes- und Förderabgabe den Risiken der Erdöl- und Erdgasförderung anpassen

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/1026](#)

Die Ausschussmitglieder kommen überein, die Beratungen zu diesem Thema auf die nächste Ausschusssitzung zu vertagen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Magnussen interessiert, wie sich das Urteil, das die A 20 zunächst nicht weitergebaut werden dürfe, auf die Planungen der Landesregierung auswirke.

Staatssekretär Dr. Nägele betont, dass die Landesregierung vom Urteil erstaunt sei. Man nehme zur Kenntnis, dass das Bundesverwaltungsgericht in diesem Bereich Nachbesserungsbedarf sehe. Das werde den Planungsprozess um circa zwei Jahre verlängern. Einen Plan B gebe es aus planungs- und haushaltsrechtlichen Gründen nicht. Die Nachbesserung, die kurz vor dem Gerichtsurteil stattgefunden habe, habe für das Verfahren keine entscheidenden Auswirkungen gehabt.

Abg. Winter interessiert, wieso die CDU-Fraktion von einer Nachbesserung zwei Wochen vor Urteilsverkündung ausgehe. Dies gehe aus dem Urteil nicht hervor, sondern es finde sich lediglich ein Hinweis in der Pressemitteilung des Abg. Arp dahin gehend. - Abg. Magnussen führt aus, dass sein Kenntnisstand sei, dass das Gericht zwei Wochen vor Urteilsverkündung noch Nachbesserungen gefordert habe. Kritisch merkt er den Personalbestand im Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr an und stellt die Frage in den Raum, wie das Ministerium gedanke, die erhebliche Zahl offener Stellen zeitnah nachzubeseetzen beziehungsweise über Werkverträge sicherzustellen, dass die Arbeit geleistet werde. - Staatssekretär Dr. Nägele unterstreicht, dass auch die Landesregierung gerade erst Kenntnis von dem Urteil erhalten habe, zudem könne man nicht für alle Eventualitäten im Landesbetrieb personelle Ressourcen vorhalten. Man werde jetzt die Situation analysieren und Lösungsvorschläge erarbeiten. Er unterstreicht, dass es in technischer Hinsicht in Schleswig-Holstein seiner Kenntnis nach zurzeit keine freien Kapazitäten gebe. Eine Beschleunigung des Planfeststellungsverfahrens sei auch aufgrund der rechtlichen Besonderheiten und der Beteiligungsrechte nicht möglich.

Abg. Dr. Tietze stellt die Frage in den Raum, wie qualitativ hochwertig die Planungsleistungen im Bereich Artenschutz und in Umweltfragen generell seien. Er plädiert dafür, die naturschutzfachlichen Belange noch stärker in die Planungen einzubeziehen. Die Lehre müsse sein, zukünftig die Qualität in der Planung sicherzustellen.

Der Vorsitzende des federführenden Finanzausschusses, Abg. Rother, schließt die gemeinsame Sitzung um 15:15 Uhr.

gez. Thomas Rother

gez. Thomas Wagner und Wiebke Wollmann

Vorsitzender des Finanzausschusses

Geschäfts- und Protokollführer